RIEDBERGER HORN

Scharfs Sieg über Söder

VON CHRISTIAN SEBALD

s ist jetzt ziemlich genau ein Jahr her, dass Umweltministerin Ulrike Scharf ihr Vetu gegen den Bau der Skischaukel am Riedberger Horn eingelegt hat. Seither wurde sie viel dafür gescholten, in ihrer Fraktion und im Kabinett. Deshalb wäre es ein wichtiger Erfolg für die CSU-Frau, wenn ihr Parteifreund und Heimatminister Markus Söder nach langem Hin und Her doch zu der Erkenntnis käme, dass auch er das Projekt nicht durchsetzen kann, so gern er es täte. Schließlich wurde die Umweltministerin zuletzt immer wieder arg gebeutelt, im Lebensmittelskandal um die Firma Bayern-Ei machte sie bisweilen eine schwache Figur.

So sehr man Scharf den Erfolg gönnen würde, viel wichtiger wäre freilich, dass Söder hätte einsehen müssen, dass auch er sich nicht über internationale Verträge, Gesetze und Vorgaben hinwegsetzen kann. Denn Scharfs Einspruch war ja stets wohl begründet. Zahlreiche Gutachten haben der Ministerin bestätigt, dass sie gar nicht anders kann, als ihr Veto einzulegen. Auch dieser Tage betont jeder Fachjurist und Naturschutzexperte, den man fragt, dass die Skischaukel keine Chance vor Gericht hätte, sollte sie Söder nun wider Erwarten plötzlich doch genehmigen.

Das dürfte auch der Grund sein, warum viele Naturschützer den Fortgang der Dinge nun relativ gelassen abwarten. Selbst wenn Söder abermals eine Volte hinlegt - was man bei dem Mittelfranken nie ausschließen darf -, würde sie von den Gerichten aller Voraussicht nach schnell kassiert werden. Am Ende wird sich Söder den Vorwurf machen lassen müssen, im Oberallgäu Erwartungen geweckt zu haben, die er nicht erfüllen können wird. Hätte der Heimatminister die Gutachten, auf die Scharf ihr Nein gestützt hat, sofort ernst genommen, dann hätte er den Oberallgäuern viel Frust ersparen können.

Zahl der Flüchtlinge nur noch dreistellig

München – Mit der faktischen Schließung der Balkanroute für weitere Flüchtlinge stellt sich auch die Bundespolizei an der bayerisch-österreichischen Grenze auf neue Schwerpunkte in ihrer Arbeit ein. Man reagiere "in Echtzeit" auf die veränderte Lage, sagte am Donnerstag ein Sprecher der Bundespolizeidirektion in München. Weil über das bisherige, mit der österreichischen Seite abgesprochene Übergabeverfahren an ausgewählten Grenzorten derzeit fast keine neuen Asylbewerber mehr ins Land kommen, verlegt sich die Bundespolizei inzwischen verstärkt auf Kontrollen direkt an der Grenze und auf die Schleierfahndung im Hinterland. So greifen die Beamten mittlerweile wieder deutlich mehr Menschen auf, die auf eigene Faust einreisen oder sich dazu der Hilfe von Schleusern bedienen.

Von den wenigen Hundert Neuankömmlingen, die die Bundespolizei momentan an durchschnittlichen Tagen registriert, werden ihr mittlerweile die allerwenigsten im geregelten Verfahren von den österreichischen Kollegen übergeben, heißt es aus der Münchner Direktion. An manchen Tagen ist die Zahl der neuen Asylbewerber an der österreichischen Grenze nur noch zwei-

Jetzt, da die Balkanroute dicht ist, rückt der Brenner in den Fokus

stellig. Zu Spitzenzeiten im vergangenen Herbst hatten oft deutlich mehr als 10 000 Flüchtlinge pro Tag die Grenze passiert. Den Winter über hatte sich ihre Zahl auf 2000 bis 3000 pro Tag eingependelt, seit Mitte Februar ist sie laut Bundespolizei in der Regel nur noch dreistellig. Die gemeinsame Infrastruktur mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge an den Übergabeorten Passau, Freilassing und Rosenheim bleibe zwar in Betrieb und mit Beamten besetzt. Insgesamt seien aber inzwischen mehr Kapazitäten für die eigentlichen Polizeiaufgaben entlang der Grenze frei, heißt es aus der Direktion.

Auch bei der Bundespolizei rückt damit nun wieder die Brennerroute durch das Inntal stärker in den Fokus, seit die Balkanroute kaum mehr passierbar ist. Offizielle Angaben dazu und zur genauen Kontrollstrategie entlang der Grenze gibt es von der Polizei nicht. Ministerpräsident Horst Seehofer und der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter hatten aber bereits am Dienstag nach einem Treffen in München betont, man werde gemeinsam alles tun, um größere Flüchtlingsströme und damit ein drohendes Chaos auf der Brennerautobahn zu verhindern.

Zugleich will Seehofer nach eigenen Angaben darauf hinwirken, dass die Grenzkontrollen auf den Autobahnen in Zukunft in aller Regel zweispurig stattfinden, um die ständigen Rückstaus auf der A8 von Salzburg, der A3 bei Passau und der A93 durch das Inntal zu verhindern. Besonders die Region um Bad Reichenhall und das Inntal bei Kiefersfelden leiden unter zusätzlichen Staus, weil dort viele Fahrer die kleineren Grenzübergänge nehmen, um den Rückstau an den Autobahn-Kontrollpunkten zu umgehen. Politiker und Wirtschaftsvertreter aus den Grenzgebieten fordern seit langem Verbesserungen. Er gebe, sagte Seehofer. MATTHIAS KÖPF | sagt Kardinal Reinhard Marx. FOTO: ALES

Ausgeschaukelt

Die Ausbaupläne des Skigebietes am Riedberger Horn sind längst zum Symbol für die umstrittene Haltung der CSU zum Naturschutz geworden. In Kürze wird Heimatminister Söder, bislang Befürworter, wohl die Wende vollziehen müssen – wegen hoher rechtlicher Hürden

VON CHRISTIAN SEBALD

München - Schnee und Sonne satt, fein präparierte Skipisten und jede Menge Aufstiegspfade für Tourengeher und Schneeschuhwanderer: Das Riedberger Horn präsentiert sich in diesen ersten Frühlingstagen von seiner besten Seite. Oben auf dem 1787 Meter hohen Gipfel der Oberallgäuer Hörner Gruppe reicht der Ausblick vom nahen Hochvogel bis weit nach Westen hinüber, hinein in den Schweizer Alpstein mit seinem Hauptberg, dem Säntis. Dieses Panorama ist einer der Gründe, warum die Bergsteigerlegende Luis Trenker das Riedberger Horn einmal den schönsten Skiberg Deutschlands genannt hat. So prächtig bietet sich die winterliche Bergwelt hier oben dar, dass manche Tourengeher sogar nächstens den Gipfel erklimmen, um dort in morgendlicher Stille den Sonnenaufgang zu genießen.

Derweil steuert im 140 Kilometer entfernten München der Streit um das Riedberger Horn auf seinen Höhepunkt zu. Und womöglich gibt es eine überraschende Wende. Vordergründig geht es in der Auseinandersetzung, die mit harten Bandagen geführt wird, um die Pläne für eine Ski-

Nicht nur Umweltverbände haben massiven Einspruch erhoben, auch Alois Glück

schaukel, welche die Liftbetreiber am Riedberger Horn errichten wollen. Sie soll einmal zwei kleine Skigebiete an dem Berg miteinander verbinden. Das ist nach geltender Rechtslage, aber auch aus Gründen des Naturschutzes eigentlich nicht möglich. So würde die neue Skischaukel gegen die Alpenkonvention verstoßen, gegen das internationale Vertragswerk also, in dem sich Deutschland und die anderen Alpenstaaten zum Schutz der Bergwelt verpflichtet haben. Das Projekt würde auch den Alpenplan missachten, das bayerische Pendant zur Alpenkonvention. Und es wäre eine massive Verletzung des Naturschutzes – am Riedberger Horn leben zum Beispiel so viele Birkhühner wie in keiner anderen Region im Freistaat.

So dreht sich der Streit um die Skischaukel in Wirklichkeit längst um die Grundsatzfrage, wie es die Staatsregierung und die CSU ganz generell mit dem Naturschutz in den Bergen halten. Solche Ausmaße hat die Auseinandersetzung angenommen, dass das Riedberger Horn inzwischen in ganz Deutschland bekannt geworden ist, und zwar auch in Kreisen, die mit Bergsteigerei und Skisport wenig am Hut haben. Nicht nur alle möglichen Umweltverbände und Fachstellen haben massiven



Für Bergsteigerlegende Luis Trenker war das Riedberger Horn der schönste Skiberg Deutschlands, doch den Liftbetreibern reicht das nicht. FOTO: KARL-JOSEF HILDENBRAND/DPA

Einspruch erhoben. Auch der frühere CSU-Spitzenpolitiker Alois Glück, der vielen nach wie vor als höchste moralische Instanz seiner Partei gilt, hat die Pläne in einem Brief an Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) scharf verurteilt. Und unlängst hat sich sogar Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) eingeschaltet.

Der Grund: Seit Monaten sieht es so aus als würde Heimatminister Markus Söder (CSU), der für die Skischaukel eine Ausnahmegenehmigung erteilen müsste, den Liftbetreibern den Gefallen tun. Bis zuletzt hat der Mittelfranke sein Verständnis für ihr Bestreben betont, etwas für den Tourismus und damit für eine gute Zukunft des Oberallgäus zu unternehmen. Außerdem hat Söder einen mächtigen Verbündeten. CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer, der in Kempten daheim ist, setzt sich so hartnäckig für die Skischaukel ein, als hinge sein persönliches Wohl von ihrem Gelingen ab. Umweltministerin Ulrike Scharf, die als einzige maßgebliche CSU-Politikerin das Projekt von Anbeginn an strikt ablehnt, musste sich denn auch viele böse Worte für ihre Haltung gefallen lassen.

Nun aber mehren sich auf einmal die Anzeichen, dass Söder dem Projekt doch eine Abfuhr erteilen könnte. Zumindest gehen einige Kabinettsmitglieder inzwischen davon aus, dass er das tun wird. "Söder hat erkannt, dass die Skischaukel, wie sie die Liftbetreiber wollen, gegen so viele Vorgaben verstößt, dass eine Genehmigung vor Gericht keinen Bestand hätte", sagt ein ranghoher CSU-Mann. "Deshalb hat er bis zuletzt versucht, einen Kompromiss zu finden." Andere bestätigen das. "Das Risiko eines Präzedenzfalles ist einfach viel zu hoch", sagt ein Kabinettsmitglied. "Wenn der Heimatminister jetzt das Riedberger Horn durchgehen lässt, sind wir demnächst mit einem ähnlich massiven Vorhaben an anderer Stelle konfrontiert."

Auch Söder selbst weist in letzter Zeit auffällig deutlich auf die hohen rechtlichen Hürden hin, die dem Projekt entgegenstehen. So sagte er am Mittwoch am Rande der Sitzung seiner Fraktion: "Es wird nicht mehr lang dauern, bis wir da eine Entscheidung fällen. Wir sind allerdings ans Recht gebunden." Gleich darauf betonte der Heimatminister, dass die Ent-

Einblicke ins Spitzelwesen

scheidung "sowohl rechtlich als auch inhaltlich knifflig wird".

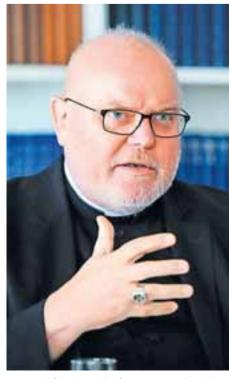
In der CSU-Fraktion läuft bisher freilich alles wie gehabt. Am Donnerstag wollte der SPD-Abgeordnete Florian von Brunn die Skischaukel im Umweltausschuss per Dringlichkeitsantrag zu Fall bringen. Die CSU-Abgeordneten wiesen den Antrag geschlossen zurück. Ihr Tenor: Man dürfe doch nicht in ein laufendes Verfahren eingreifen, zumal kurz vor dem Abschluss. CSU-Fraktionschef Kreuzer hatte tags zuvor bereits bekräftigt, dass er weiter für die Skischaukelist. Denn der Wintertourismus sei im Oberallgäu ein "äußerst wichtiger Wirtschaftsfaktor". Außerdem sei der Eingriff in die Natur sehr klein und des-> Kommentar

"Große Differenzen"

Marx lehnt die von der CSU geforderte Flüchtlingsobergrenze ab

Passau – Dass sich die bayerischen Bischöfe diesmal in Passau getroffen haben, hat Kardinal Reinhard Marx natürlich gut gepasst. Monatelang war Passau die deutsche Flüchtlingshauptstadt, monatelang haben Lokalpolitiker und freiwillige Helfer angepackt, haben geholfen statt gehetzt und damit getan, wofür Kardinal Marx seit Monaten wirbt. Wie die Passauer in der Flüchtlingskrise aufgetreten seien, sagte Marx, "belegt in den Augen der Bischöfe, dass Bayern die großen Herausforderungen in diesem Feld gut gemeistert hat und auch weiterhin meistern kann".

Das klang nach Optimismus, passte aber nicht zum sorgenvollen Gesicht, das Marx am Donnerstag zum Abschluss des zweitägigen Bischofstreffens machte. Denn natürlich hatten die Bischöfe auch über die Ereignisse im oberbayerischen Zorneding geredet, wo vor ein paar Tagen der im Kongo geborene Pfarrer zurückgetreten war, weil er Morddrohungen erhalten hatte. Dass er sich erst jetzt dazu äußert, erklärte Marx am Donnerstag damit, dass er den rassistischen Angriffen keine zusätzliche Aufmerksamkeit schenken wollte. Wenn die Öffentlichkeit nur über Hass und Hetze rede, "dann befördern wir das eher", sagte Marx, "deswegen war ich auch etwas zurückhaltend".



hoffe, dass es noch vor Ostern eine Lösung | Die Hilfsbereitschaft sei ungebrochen,

Auch er selbst kriege solche "schrecklichen und ekelhaften" E-Mails und Briefe, sagte Marx, "aber ich lese die gar nicht. Und ich glaube auch nicht, dass es hilft, sie zu veröffentlichen". Wichtig sei in der Flüchtlingskrise die Rückkehr "zu einer differenzierten und gelasseneren Debattenkultur", sagte Kardinal Marx - und richtete diesen Appell auch an die CSU. "In der Flüchtlingsfrage gibt es ein paar Basics, an denen ich mich als Christ zu orientieren habe. Und darauf muss ich als Bischof beste-

"Jeder Flüchtling hat das Recht auf ein faires Asylverfahren."

hen, sonst wird es brenzlig", sagte Marx. Zwar gebe es zwischen Kirche und CSU nach wie vor "große Gemeinsamkeiten" bei den Grundwerten, aber eben auch "große Differenzen" bei der praktischen Umsetzung dieser Werte in der Flüchtlingskrise. Eine Obergrenze für die Aufnahme von Asylbewerbern, die von der CSU gefordert wurde, "ist für mich schwer verständlich", schließlich habe jeder Flüchtling das Recht auf ein faires Asylverfahren.

Insgesamt, sagte Marx, könne er allerdings nicht erkennen, dass die Gesellschaft in der Flüchtlingsfrage gespalten sei. Eine solche Spaltung sollte auch "nicht töricht durch aggressive Verschärfung herbeigeredet werden". Überall, wo er hinkomme, sei die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen ungebrochen, sagte Marx in Passau. Nur sei es eben so, dass diejenigen, die am lautesten seien und die hässlichste Hetze verbreiteten, in der Öffentlichkeit am meisten Gehör fänden.

Kardinal Marx geht davon aus, dass insbesondere unter den syrischen Flüchtlingen viele Christen sind. Die Bischofskonferenz schätzt die Zahl auf zehn bis 20 Prozent. Noch sei unklar, wie viele Christen wie lange in Deutschland bleiben werden, sagte Marx, doch sei es "von enormer Bedeutung, dass diese Menschen mit ihren kirchlichen Traditionen bei uns geistliche Beheimatung und praktische Unterstützung finden".

Zum Abschluss ihres Treffens in Passau erklärten die bayerischen Bischöfe außerdem, dass sich auch die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) verstärkt mit dem Thema Flüchtlinge befassen werde. Bereits Mitte April eröffnet an der KU ein neues Zentrum für Flucht und Migration. Dort sollen Fluchtursachen und Integrationsprozesse erforscht werden. Auch Flüchtlinge sollen an dem Zentrum studie-ANDREAS GLAS ren können.

Würzburg – Der Mann vom Landeskriminalamt (LKA) will gar nichts sagen vor Ge-Vorstrafen, der sich zuvor mit Gelegenheitsjobs durchs Leben gekämpft hatte.

richt. Er werde von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen, hat sein Anwalt das Gericht vorab wissen lassen. Ob er dann als Zeuge überhaupt noch kommen müsse? Der Richter schmunzelt gleich zu Beginn des achten Verhandlungstages im Würzburger V-Mann-Prozess. Er habe dem Anwalt mitgeilt, dass der Zeuge sehr wohl anwesend sein müsse. Gegen den LKA-Beamten wird wegen diverser Delikte ermittelt, unter anderem steht er im Verdacht, beim Raub dänischer Minibagger mitgeholfen zu haben, kein Kavaliersdelikt. In den Punkten, in denen er jetzt selbst ins Visier der Ermittler geraten ist, darf er als Zeuge vor Gericht natürlich schweigen, sagt der Richter, keiner müsse sich selbst belasten. Sonst aber nicht.

Es wird ein langer Tag für den LKA-Mann, Anzug, graue Haare, Woody-Allen-Brille. Er ist inzwischen vom Dienst suspendiert, weil die Verdachtsmomente gegen ihn offenbar zu erdrückend sind. Mehr als drei Stunden lang muss er sich erklären. Und gibt dabei Einblicke, wie man sich das vorzustellen hat, wenn ein mehrfach Vorbestrafter aus der Halbwelt plötzlich im Dienst des Freistaats unterwegs ist.

Das war der Angeklagte: Er war Spitzel, sogenannter V-Mann im Dienst des LKA, um die Rockergruppe "Bandidos" auszuspionieren. Und hat dabei fürstlich verdient, ein Mehrfaches von dem, was er zuvor als Lkw-Fahrer bekam. 15 Euro pro Stunde gab's, wenn er Bandido-Bosse durchs Land chauffierte. In einem angemessenen Mercedes, geleast vom LKA. Mit einer Tankkarte, gestellt ebenfalls vom LKA. Auch ein Motorrad wurde ihm spendiert, so was muss offenbar haben, wer als echter Bandido durchgehen will.

Aufs Doppelte, 30 Euro, stieg der Lohn, wenn sich der V-Mann mit Bandidos zu Aktivitäten traf. Nur ins Ausland, da habe der V-Mann auf eigene Verantwortung fahren müssen, sagt sein früherer "V-Mann-Führer". Führer heißen beim LKA Leute, die Spitzel unter ihren Fittichen haben.

Auf eigene Verantwortung ins Ausland? Dem Angeklagten platzt das erste Mal der Kragen. Er zückt eine Abrechnung, auf der die Stationen Rumänien, Österreich und Serbien aufgezählt sind. Da überall war er mit den Bandido-Bossen. Und abgerechnet habe er dafür 170 Arbeitsstunden, satte 4600 Euro Monatsgehalt. Netto, sagt er.

Was er nun zu dieser Rechnung sage, fragt der Angeklagte den Zeugen, seinen früheren Führer. Der antwortet, dazu wolle er nichts sagen. Kaum unterdrücktes Gelächter im Saal: Das Arbeiten im Dienst des

Im Würzburger V-Mann-Prozess sagt dessen ehemaliger LKA-Führungsbeamter aus LKA scheint erfreulich lukrativ gewesen zu | lig offen, das Gericht lässt sich da kaum in sein für einen Mann mit einem Dutzend

> Ob dem V-Mann klar gewesen sei, dass er keine Straftaten begehen dürfe? Habe man ihm "natürlich gesagt", antwortet der LKA-Mann. Zum Beispiel, als der Schein-Bandido in eine Radarfalle geriet mit dem LKA-Wagen, da habe man ihn ermahnt: Das geht nicht. Den Verkehrskontrolleuren wurde schlicht mitgeteilt, der Wagen sei für "hoheitliche Aufgaben" benutzt worden. Da muss dann nichts gezahlt werden.

Ist Drogenschmuggel eine Straftat oder eine Art hoheitlicher Aufgabe?

Der ehemalige Bandido-Spitzel sitzt in Haft, weil er dabei erwischt wurde, wie er 9,7 Gramm Crystal Speed über die Grenze schaffte. Zu fast sieben Jahre Haft wurde er dafür verurteilt. Er dagegen sagt, er habe das eben gemacht, um nicht aufzufliegen. Wenn man so will: auch als hoheitliche Aufgabe. Und sein Führer habe das auch gewusst. Was dieser bestreitet.

Der V-Mann will jetzt trotzdem raus aus dem Knast. Ob ihm das gelingen wird, ist auch nach acht Verhandlungstagen völdie Karten schauen. Der Ex-Bandido war ein ziemlich hoch bezahlter Jobber im Dienst des Staates, das ist inzwischen eindeutig klar. Ob ihm aber auch signalisiert wurde, dass ein bisschen Dealerei toleriert wird – bleibt bislang Behauptung.

Gleichwohl endet auch dieser Verhandlungstag, an dem nun auch mal der suspendierte LKA-Mann seine Sicht der Dinge darlegen durfte, mit einem Punktsieg für den V-Mann. Der Zeuge gerät in den drei Stunden ziemlich in die Bredouille. Die Anwälte des V-Manns, die ihn schon beim ersten Prozess verteidigt haben, können überzeugend darlegen, dass der LKA-Mann in der ersten Verhandlung in Würzburg einen irreführenden Eindruck erweckt habe. Er habe suggeriert, der Angeklagte habe mit Drogen-Aufklärung nie was zu tun gehabt, jedenfalls nicht in seiner Funktion als LKA-Hilfssheriff. "Es wurde der Eindruck erweckt, unser Mandant sei paranoid", schimpft einer der Anwälte.

In Wahrheit habe der V-Mann die Ermittler sogar mal über einen Drogendeal zweier anderer Ganoven informiert, sie wurden später verhaftet. Das ist der erste Moment, in dem sich der Richter etwas in die Karten schauen lässt. "Stimmt", sagt er, "das mit den Drogen klingt heute hier völlig anders." OLAF PRZYBILLA



Erkenntnis des Prozesstages: Der V-Mann (rechts), ein Vorbestrafter aus der Halbwelt, hat beim Landeskriminalamt ziemlich fürstlich verdient.